



29.06.08 | 16:24 Uhr

Sie befinden sich in: [Nachrichten](#) » [Panorama](#)

## ANALYSE: Europa sucht nach dem "Plan D"

[Blockieren](#)

Kurz vor dem EU-Gipfel hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Denkanstöße von ungewohnter Seite erhalten. Der Philosoph Jürgen Habermas wandte sich am Dienstag in der "Süddeutschen Zeitung" mit einem dringenden Appell an die Kanzlerin und die anderen europäischen Staats- und Regierungschefs. Nach dem Nein der Iren zum Reformvertrag sei mit den Europawahlen im Juni 2009 ein Volksentscheid aller Bürger über die Zukunft Europas nötig, forderte Habermas. Die Debatte über mehr Bürgernähe in der EU ist wieder voll entbrannt.

Nicht nur Habermas wirbt für mehr direkte Demokratie. Auch in der Bundesregierung gibt es nach dem Nein aus Irland leise Zweifel am Rezept "Weitermachen", auf das sich der Gipfel am Donnerstag und Freitag in Brüssel verständigen dürfte. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) forderte eine Direktwahl des künftigen EU-Ratspräsidenten durch alle Bürger. Der grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit schlägt eine EU-weite Bürgerbefragung über den nächsten Kommissionspräsidenten vor, der im Herbst 2009 die Nachfolge des Portugiesen José Manuel Barroso antreten soll. Damit würde "Europa in die Hände der Bürger zurückgegeben", sagt Cohn-Bendit.

Europa hat ein déjà vu: Schon als Franzosen und Niederländer vor gut drei Jahren die EU-Verfassung durchfallen ließen, wurden Rufe nach mehr Mitbestimmung laut. Die EU-Kommission reagierte im Oktober 2005 mit dem "Plan D" - D für "Demokratie, Dialog und Diskussion". In der Folge gab es in Brüssel und den EU-Staaten Bürgerkonferenzen zur europäischen Einigung, die Kommission baute ihre Vertretungen in den Mitgliedsländern deutlich aus und Millionen Broschüren über die Segnungen der EU wurden gedruckt.

D wie Debakel, sagen böse Zungen mit Blick auf das irische Referendum heute. Nach Umfragen des EU-Statistikamts Eurostat liegt das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union weiter nur bei unter 50 Prozent. Nicht einmal ein Drittel der Europäer stimmt der Aussage zu: "Meine Stimme zählt in der EU."

Dabei gibt es - Internet sei Dank - wachsende Möglichkeiten zur Mitsprache. Mehrere EU-Kommissare haben Blogs gestartet, an erster Stelle Kommunikationschefin Margot Wallström. Auf dem Portal [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) stellen sich Europaparlamentarier den Fragen ihrer Wähler. Dort gibt es bereits eine angeregte Debatte zu den Folgen des irischen Referendums. Und auch eine Hotline hat die EU: Unter der gebührenfreien Nummer 00800 67891011 beantworten Mitarbeiter von "Europe Direct" in Deutsch und anderen Sprachen Fragen rund um die EU.

Für Gerald Häfner sind dies Formen einer "Scheinbeteiligung". Der Vorstandssprecher des Berliner Vereins Mehr Demokratie fordert Merkel und ihre EU-Kollegen auf, beim Gipfel "einen Prozess in Gang zu setzen, der Europa endlich zur Angelegenheit der Bürger macht". Häfner schwebt ein "demokratischer Neuanfang" mit einem direkt gewählten Konvent vor, der öffentlich einen neuen EU-Vertrag erarbeiten soll. Dieser solle dann mit einer Volksabstimmung in allen EU-Staaten abgesegnet werden, sagt Häfner.

Bei den Staats- und Regierungschefs stoßen solche Forderungen bisher auf taube Ohren. Eine Mehrheit um Merkel will den Lissabon-Vertrag durchboxen, notfalls mit einem zweiten irischen Referendum. Für die Bürgernähe wäre es für Martin Schulz da schon ein wichtiges Zeichen, wenn der Gipfel am Donnerstag nicht wie üblich hinter verschlossenen Türen im Brüsseler Ratsbunker tagen würde. Der Chef der Sozialdemokraten-Fraktion hat die Staats- und Regierungschefs ins Europaparlament eingeladen. "Es kann doch nicht sein, dass die sich ihrer öffentlichen Verantwortung entziehen", schimpft Schulz.

(AFP)